

lerschaft, das Urheberrecht, die Künstler-sozialkasse und dergleichen einsetzen und damit das soziale Gewissen einbringen, und die Union auf Bundesebenen das Repräsentative betont, ist in dieser Kombination die ganze Bandbreite von Kultur abgedeckt. Bei der FDP hätten wir dagegen Probleme mit der Förderung der Freien Szene und die Grünen haben häufig Probleme damit, die großen Kultureinrichtungen zu fördern. Insofern ist für die Kulturpolitik diese Große Koalition nicht von Nachteil.

NG/FH: Eine persönliche Frage zum Schluss: Kann man eigentlich als Kulturpolitiker oder als Kulturunternehmer mehr bewegen?

Scheytt: Ich habe mir als Kulturunternehmer ein Feld ausgesucht, wo ich eine Menge bewegen kann. Zum Beispiel bei der Frage, wer welche Positionen besetzt. Personalentscheidungen halte ich neben der Frage nach den Finanzen für die wichtigsten Entscheidungen.

Aber die Wirkung ist natürlich umfassender, wenn man bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag dabei sein und Formulierungen einbringen konnte, die wahrscheinlich in den nächsten vier Jahren wichtige Entwicklungen in der Kulturpolitik in Deutschland mitbestimmen. Insofern freu ich mich, dass ich auf beiden Handlungsfeldern so aktiv mitgestalten kann.

Steven Seifert

Nichtwählen mit »Niveau«

Einige Intellektuelle haben der Demokratie vor der Bundestagswahl einen Bärendienst erwiesen

Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde ausgiebig über das Nichtwählen diskutiert. So wussten zum Beispiel Studien der Friedrich-Ebert-, Konrad-Adenauer- und Bertelsmann-Stiftung sowie der ProSiebenSat1 Media AG zu berichten, wer aus welchen Gründen nicht mitmachen wird, und lieferten damit die Grundlage für entsprechende Debatten. Dabei gab vor allem die Vermutung, dass die Wahlbeteiligung auf unter 70 % sinken könnte, Anlass zur Sorge, weil dies einen Negativrekord bei Bundestagswahlen bedeutet hätte. Zur seit Jahren größer werdenden Gruppe der Nichtwähler gehören den Erhebungen zufolge vor allem Jüngere und Nicht-Privilegierte (»bildungsfern«, einkommensschwach). Übereinstimmend wurde die Gefahr einer »Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählenden« (FES) bzw. einer

»sozial gespaltenen Demokratie« (Bertelsmann) betont.

Darüber hinaus kündigten aber auch einige Intellektuelle und Kulturschaffende an, dass sie am 22. September nicht wählen würden. In einer großen Umfrage der ZEIT unter dem Titel »Was wir wählen – Die Qual der Wahl« hielten Peter Sloterdijk und Harald Welzer keine der etablierten Parteien ihrer Stimme für würdig und Richard David Precht erklärte: »Parteien tragen heute in der Gesellschaft kaum noch zur politischen Willensbildung bei. Sie sind primär Selbsterhaltungssysteme ohne echten Austausch mit anderen gesellschaftlichen Systemen. (...) So gesehen ist selbst die Wahl zwischen Wählen oder Nichtwählen nicht wirklich wichtig«. Ähnlich äußerte sich auch Gabor Steingart schon vor der Wahl 2009 in *Die Machtfrage*.

Ansichten eines Nichtwählers und wiederholte seine »Ansichten« im vergangenen Jahr fernsehöffentlich. Er sieht seine Enthaltung als »Notwehrmaßnahme«, weil das Wählen den Parteienstaat bestätige: »Wer wählt, stimmt zu«. Wahlenthaltung hingegen sei eine »Gesprächsaufforderung« und keineswegs ein »aggressiver Akt« gegen die Parteien. Nichtwählen solle ein Instrument zur Erneuerung der Demokratie sein. Derlei Haltung verkennt aber jene einfache wie grundlegende Tatsache, die Carlo Schmid 1958 in einer Rede formulierte: »Und vergessen Sie eines nicht: Demokratie verwirklicht sich auch durch Wahlen«.

DER SPIEGEL echauffierte sich eine Woche vor der Bundestagswahl über »Intellektuelle und Prominente, die ihre teils politikverachtende Haltung über alle Kanäle verbreiten« und gegen Parteien und Politiker »wettern«. Diese neuen Nichtwähler bzw. »Abstinenten aus besseren Kreisen (...) schwirren durch die Fernsehshows und Feuilletons der Republik« und lassen sich für ihren »kalkulierten Tabubruch« feiern. Dadurch würde das Nichtwählen salonfähig. Einige Monate zuvor hatte das Magazin Welzer aber noch die Gelegenheit gegeben, seine Nichtwahlentscheidung öffentlich zu machen.

Im Mai hatte er in einem Gastbeitrag erklärt, dass sich die Programme der Parteien »substanziell« nicht unterscheiden und Sachentscheidungen in der parlamentarischen Praxis »durchgängig nicht nach gegenstandsbezogenen Gesichtspunkten, sondern nach solchen der Parteizugehörigkeit« gefällt würden. Darüber hinaus seien die Parteien an den wichtigen Zukunftsfragen uninteressiert. Stattdessen würden auf Nebenschauplätzen »Pseudopolitiken« – z.B. Steuererhöhungen für Besserverdienende und Quoten in Aufsichtsräten – inszeniert. Schließlich sei auch noch ein »Totalausfall der Opposition« zu beklagen, weil SPD und Grüne der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung zu-

gestimmt haben. Vor diesem Hintergrund sei eine Entscheidung für das kleinere Übel »die eigentliche Ermöglichung des größeren«. Ähnlich wie Steingart versteht daher auch Welzer Nichtwählen als einen »Akt der Aufkündigung des Einverständnisses«.

Kurz vor der Wahl fürchtete man beim SPIEGEL aber nun, dass die Demokratie Schaden nehme, da »Politik- und Parteienverachtung bis in die höheren Etagen der deutschen Gesellschaft vorgedrungen« seien. Wer zu einer solch dramatischen Formulierung greift, vergisst aber, dass man die Parteien durchaus mit guten politischen Gründen kritisieren kann. Erinnerung sei an den 2012 verstorbenen Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, dessen Kritik am Parteienstaat nichts an Aktualität eingebüßt hat. Das Bundesverfassungsgericht z.B. beschäftigt sich seit vergangener November mit dem parteipolitischen Einfluss beim ZDF. Das makabere dabei ist jedoch, dass ja auch die Wahl der Karlsruher Richter nicht frei von Parteiinteressen ist. Hennis hat das alles seit Ende der 60er Jahre immer wieder angemahnt.

Darüber hinaus ist an der Nichtwählerdebatte aber eine weitere Frage von Interesse: Warum redet man überhaupt darüber, dass man nicht zur Wahl gehen wird? Hielten Welzer, Steingart und Precht den Nachrichtenwert ihrer Nichtwahlentscheidung für so hoch, dass sie meinten, die Öffentlichkeit davon in Kenntnis setzen zu müssen? Und wenn ja, warum genügte dann nicht eine Erklärung in einem Satz? Es sieht ganz so aus, als sollte das Bekenntnis sicherstellen, dass man auch auf der richtigen Seite der Nichtwähler steht. Denn blickt man auf die Wahlbeteiligung, ist Nichtwählen eigentlich beinahe mehrheitsfähig; die Mehrheit aber ist manchem Intellektuellen meist verdächtig. Als Intellektueller wählt man nicht einfach nur so nicht. Man weiß sich zu rechtfertigen.

Steckt hinter dem Bekenntnis vielleicht sogar missionarischer Eifer? In jedem Fall

kann man voraussetzen, dass sich die Urheber für ziemlich wichtig halten. Warum maßt man sich an, seine Mitbürger zur Wahlenthaltung aufzurufen? Das möchte man insbesondere Welzer fragen, der im Frühjahr 2013 ein Buch mit dem schönen Titel *Selbst Denken* veröffentlicht hat. Wer anderen vorschreiben will, ob man wählen soll, nimmt doch letztlich an genau der Entpolitisierung und Entmündigung teil, die er selbst beklagt. Dies gilt im Übrigen umgekehrt auch für konkrete Empfehlungen zur Wahl einer bestimmten Partei. Bei der genannten Umfrage der ZEIT wollten 60 % der Befragten eine solche nicht abgeben. Anhänger der Institution sogenannter »Parteiintellektueller« mögen dies bedauern. Man sollte dabei aber immer bedenken, dass Intellektuelle sich in erster Linie dadurch auszeichnen, eben nicht »Mundstück« einer Partei zu sein, wie dies der Historiker und Sprachwissenschaftler Dietz Bering formulierte.

Es ist erfreulich, dass man immer noch von »Intellektuellen« spricht. Nach 1989 war allzu oft und voreilig von ihrem Ver-

schwinden die Rede. Carlo Schmid hat in der eingangs erwähnten Rede auch erklärt, dass »wenn heute die Demokratie unser Schicksal ist, die Intellektuellen das Schicksal der Demokratie sind«. Das mag mittlerweile etwas pathetisch klingen, trifft aber nach wie vor den Kern der Sache. Man denke an Juli Zeh, die im September mit Dutzenden weiteren Autorinnen und Autoren ihren Unmut über den mangelnden Aufklärungswillen der Bundesregierung in Sachen NSA-Affäre in Form einer Unterschriftensammlung vor das Kanzleramt trug. Anfang Dezember wurde dann ein von ihr und Ilija Trojanow initiiertes und von über 500 Schriftstellern aus aller Welt unterzeichneter Aufruf gegen Massenüberwachung publiziert, verbunden mit der Forderung an die Vereinten Nationen eine »Internationale Konvention der digitalen Rechte« zu verabschieden. Intellektuelle sind Mahner und Kritiker. Sie stellen Fragen und verlangen Antworten. Am Beginn ihrer Geschichte stand 1898 Émile Zolas »Ich klage an!«. Es ist dem »Ich wähle nicht!« von 2013 allemal vorzuziehen.



Steven Seifert

Stipendiat der Friedrich-Ebert Stiftung, hat Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie studiert und promoviert über das politische Denken von Stefan Zweig.

steven.seifert@posteo.de